

Die Gedanken sind frei Aber sollte man sie auch offen vertreten?

Von Joachim von Gottberg



In Art. 5 unseres Grundgesetzes wird eine sehr weitgehende Meinungsfreiheit garantiert: Jeder Einzelne hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten. Sie umfasst auch die Presse-, Rundfunk- und Filmfreiheit sowie das Recht, sich ungehindert aus allgemein zugänglichen Quellen zu informieren. Dieses Grundrecht ist jedoch durch die allgemeinen Gesetze, den Jugendschutz und die Ehre anderer eingeschränkt. Die Bundesversammlung als Urheber des Grundgesetzes zog damit die Lehren aus der Nazi-Zeit: Damals konnten systemkritische Äußerungen zu Haft oder gar zum Tod führen. In den letzten Jahren haben aber immer mehr Menschen das Gefühl, ihre Meinung nicht mehr frei äußern zu dürfen. Was ist an dieser Behauptung dran und ist die gegenwärtige Situation eine Gefahr für die Demokratie?

Die Meinungsfreiheit ist eine der Grundvoraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Sie kann nur dann eingeschränkt werden, wenn ein konkreter Schaden durch die Veröffentlichung einer Meinung eintreten kann, etwa bei der Verletzung der persönlichen Ehre als Folge von verbreiteten Unwahrheiten über eine Person. Außerdem sind aufgrund unserer nationalsozialistischen Vergangenheit die Verbreitung von Nazi-Symbolen oder Nazi-Parolen strafrechtlich verboten. Wie stark die Meinungsfreiheit auch in der Verbreitung durch die Presse geschützt ist, zeigt die Aufhebung des Verbots des Magazins *Compact* durch das Bundesverwaltungsgericht, obwohl das Magazin in Teilen verfassungsfeindliche Auffassungen vertritt. „Meinungsfreiheit und Demokratie, so hat es Richard Traummüller, Politikwissenschaftler, neulich ausgedrückt, Meinungsfreiheit und Demokratie sind in Wahrheit deckungsgleich. Und wenn die Meinungsfreiheit in der Diskussion ist, dann gilt das auch für die Demokratie“ (Lanz et al. 2025).

Das Gefühl der Bevölkerung, Meinungen frei äußern zu können, hat sich allerdings in den letzten Jahren sehr stark reduziert. Zu diesem Ergebnis kommt jedenfalls das Meinungsforschungsinstitut Allensbach, das zu dieser Frage seit Beginn der Bundesrepublik Studien erstellt: Nur noch 46 % der Befragten glaubten 2025, ihre Meinung frei äußern zu dürfen, 44 % hielten es für besser, sich damit zurückzuhalten. (vgl. Petersen 2025) „Warum glauben die Bürger eigentlich, dass sie ihre Meinung nicht mehr frei sagen können?“ fragt der Politikwissenschaftler Richard Traummüller, und er stellt gleichzeitig fest: „Meinungsfreiheit herrscht dann, wenn es relativ unwahrscheinlich ist, dass Sie sanktioniert werden, wenn Sie sagen, was

Sie denken, und wenn die Kosten dafür auch relativ gering sind“ (Traummüller2025).

Das Problem, Angst vor Meinungsäußerungen zu haben, liegt also nur begrenzt in einer möglichen strafrechtlichen Verfolgung. Das Strafrecht droht nur dann mit Konsequenzen, wenn man etwa den Hitlergruß oder nationalsozialistische Embleme verwendet. Das Problem ist vielmehr, dass Menschen einen Shitstorm befürchten, wenn sie bestimmte Äußerungen vertreten, die außerhalb des gesellschaftlichen Mainstreams oder der herrschenden Auffassung von Personengruppen liegen, von deren Haltung man mehr oder weniger abhängig ist, oder die den Mainstream der Meinungen zum Beispiel in aggressiver Weise dominieren.

Ein Beispiel: In der *langen Nacht der Wissenschaft* sollte 2022 die Biologin Marie Luise Vollbrecht an der Humboldt-Universität einen Vortrag mit dem Titel *Geschlecht ist nicht (Ge)schlecht – und warum es in der Biologie zwei Geschlechter gibt* halten. Als Schlussfolgerung ihrer These lehnt sie die Idee von Transgender als diverse Erscheinungsform ab, weil es danach eben kein drittes oder viertes Geschlecht gibt. Gegen diesen Vortrag gab es laute Proteste, was zufolge hatte, dass die Humboldt-Universität ihn aus dem Programm strich – angeblich, weil die Sicherheit der Veranstaltung nicht gewährleistet werden konnte.

Dagegen formierte sich aber eine Protestwelle, sodass der Vortrag zwei Wochen später dann doch stattfand: „Sollte die Bühne, die Marie-Luise Vollbrecht von der Berliner Humboldt-Universität bekommt, wirklich ein Indikator für die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland sein, dann ist es um die nicht schlecht bestellt. Im Hörsaal sind an diesem Donnerstagabend kaum noch Plätze frei,

Fernsehtteams haben Kameras aufgebaut, einige Zuhörer stehen in den Türen“ (Jürgens 2022). Offenbar gibt es für die Position Vollbrechts durchaus viel Zustimmung: „Der Auftritt verläuft friedlich, ab und zu gibt es Applaus, von den oberen Reihen ruft eine Frau immer wieder ein entschlossenes „Genau!“ Richtung Bühne. Sie heißt Linda, ist 40 Jahre alt und arbeitet in der Filmbranche. Ihren vollen Namen will sie nicht nennen. An der Debatte, sagt Linda, störe sie vor allem die Aggressivität der Transgender-Aktivistin. „Früher gab es auch schon Transsexuelle, die haben das aber nicht jedem auf die Nase gebunden“, sagt sie. „Ich will nicht als Terf beschimpft oder gebärendes Wesen genannt werden. Ich bin eine Frau, Punkt.“ *Terf* ist die Abkürzung für „Trans Exclusive Radical Feminist“, also eine Feministin, die Transmenschen ausschließt“ (ebd.).

Gesinnung und Emotionen statt Argumente

Die Position von Vollbrecht mag theoretisch vertretbar sein, sie widerspricht allerdings der Erfahrung, dass Transmenschen in der Lebensrealität definitiv existieren und unter der Diskriminierung der Gesellschaft erheblich leiden. Wenn man diese Menschen kennt und ernst nimmt, fragt man sich, wie man auf wissenschaftlichem Wege zu der Position von Marie Luise Vollbrecht kommen kann. Aber diese Position gibt es, und sie ist in der Gesellschaft möglicherweise sogar mehrheitlich vorhanden, wahrscheinlich aufgrund der jahrhundertelangen Tradition der Diskriminierung. Aber: Was nutzt es, ihren Vortrag aus dem Programm zu streichen? Nur weil die Gegenseite einen lauten Krawall organisiert und ihre Position als die einzig Richtige darstellt?

Meinungsfreiheit ist zwar in der Theorie sinnvoll, in konkreten Fällen ist es aber schwer, eine andere Meinung zu akzeptieren, die der eigenen Sichtweise konträr gegenübersteht. Dabei gibt es Reizthemen, die besonders emotional aufgeladen sind: Heißen wir Flüchtlinge willkommen, die bei uns Hilfe suchen und dafür höchst riskante Reisen über das Mittelmeer in Kauf nehmen? Oder sehen wir in ihnen nur die Gefahr, das Sozialsystem auszunutzen und den Deutschen Arbeitsplätze sowie Wohnraum wegzunehmen? Ist das Gendern die Abbildung einer Realität in der Sprache, die in der Vergangenheit ignoriert wurde, weil die Männer die Gesellschaft dominierten? Oder wird dadurch unsere Sprachästhetik gestört? Müssen wir die Unternehmer stärken, um den Wohlstand zu sichern, oder müssen wir eine Verteilung der Ressourcen von oben nach unten politisch durchsetzen? In diesen Positionierungen geht es oft nicht um Fakten oder Argumente, sondern um Traditionen, Emotionen, Empörungen oder einfach nur um persönliche Sichtweisen oder finanzielle Interessen.

Ein Grund, warum Meinungen nicht mehr ausgesprochen werden, liegt möglicher Weise darin, dass es in den letzten Jahren Themen gab, in denen die Meinungen extrem auseinandergingen, es war vielfach ein Streit um Grundideologien: Wie verhält man sich zur AfD? Ist man für oder gegen eine Zusammenarbeit? Dabei geht es nicht nur um eine Meinung, sondern auch um eine Haltung zu unserer Verfassung oder auch zum Rechtsradikalismus. Oder die Corona-Krise: Kann man die Restriktionen akzeptieren oder handelt es sich um eine Bevormundung des Staates? Waren die Impfungen sinnvoll und notwendig, oder waren sie gesundheitsschädlich und gefährlich? Oder der Ukrainekrieg: müssen wir das Land militärisch unterstützen und die billigen Ölimporte aus Russland stornieren? Oder lehnt man sie ab, weil, wie es neulich Tino Crupalla bei Markus Lanz ausdrückte, Russland uns ja nichts getan hat? Dann der Gaza-Krieg: Darf man Israel kritisieren, weil man die Zerstörung des Gazastreifens für ein Übermaß hält? Oder war die Reaktion aufgrund des Hamas-Überfalls am 07. Oktober 2023 gerechtfertigt?

Meinungsunterschiede aushalten

Die Grundidee der Meinungsfreiheit liegt aber darin, dass sich Gesellschaften wahrscheinlich nie auf eine einheitliche Sichtweise in den unterschiedlichen Themenbereichen einigen können. Also muss es das Ziel sein, einen gewaltfreien Diskurs zwischen den unterschiedlichen Interessen zu ermöglichen, wie es Jürgen Habermas sagen würde. In Diktaturen können die Machthaber autoritär bestimmte Entscheidungen durchsetzen, die für alle anderen dann verbindlich sind, egal, ob sie diese befürworten. Das ist in Demokratien möglich, in Demokratien jedoch nicht. Klare Ansagen gehen zwar schneller als mühsame

gesellschaftliche Diskurse, können aber, wie das Beispiel Trump zeigt, zu einer gesellschaftlichen Polarisierung führen: Die Macht muss kontrollierbar sein, beispielsweise durch die Gewaltenteilung, und natürlich auch durch Wahlen. Bei Trump weiß man nie, ob er für ihn negative Ergebnisse akzeptieren wird.

In einer Demokratie müssen wir unterschiedliche Meinungen aushalten, auch wenn wir sie für falsch halten und ablehnen. Wir müssen uns damit argumentativ auseinandersetzen und, solange das politisch relevant ist, über Mehrheiten eine Entscheidung treffen. Dabei müssen wir aber den anderen, der eine konträre Meinung vertritt, als Menschen akzeptieren. Dieser Respekt für andere Meinungen scheint aber in unserer Gesellschaft zunehmend zum Problem zu werden: In vielen gesellschaftlichen Bereichen scheinen die Gräben so hoch zu sein, dass ein akzeptabler Umgang miteinander nicht mehr möglich ist.

Die Gender-Debatte

In kaum einem gesellschaftlichen Bereich hat sich die gesellschaftliche Ethik so ins Gegenteil umgekehrt wie im Bereich der Sexualität und der Geschlechterrolle. Bis in die 1970er Jahre hinein war es ganz klar, dass die Männer für die finanzielle Situation der Familie zuständig waren und alle wesentlichen die Familie betreffenden Entscheidungen allein fällen konnten. Immerhin dürfen Frauen seit 1919 wählen, aber bis 1958 konnte der Mann auch über das Vermögen, das die Frau mit in die Ehe gebracht hatte, eigenständig entscheiden, und sie konnte erst ab 1958 ein eigenes Konto eröffnen und sich ohne Erlaubnis des Ehemannes für den Führerschein anmelden. Auch durften die Frauen nun ohne die Erlaubnis ihres Mannes eine Arbeit aufnehmen, allerdings bis 1977 nur dann, wenn es mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar war: Aufgaben im Haushalt und in der Kindererziehung waren also klar Sache der Frau. Sexualität war nur in der Ehe erlaubt, es herrschte eine sehr strenge, christlich geprägte Sexualmoral: Sex war ausschließlich erlaubt, wenn dadurch Kinder entstehen konnten. Empfängnisverhütung war aus christlicher Sicht verboten. Gleichgeschlechtliche Beziehungen wurden gesellschaftlich nicht akzeptiert, zwischen Männern waren sie sogar strafrechtlich bis zur Reform des Sexualstrafrechts 1969 verboten, es drohte eine Gefängnisstrafe, erst 1994 wurde er der § 175 im Strafgesetzbuch komplett gestrichen.

Seit der Studentenrevolte in den 1960er Jahren hat sich diese jahrhundertelange Tradition schnell verändert. Dieser Wandel wird nicht von allen in der Gesellschaft akzeptiert und nachvollzogen. Er führt zu vielen Unsicherheiten, vor allem bei den Männern, die ihre dominante Position verloren und ihre neue Rolle oft noch nicht gefunden haben. Auch sprachliche Gewohnheiten und Traditionen sind nicht so einfach zu ver-

ändern. Allerdings muss man konstatieren, dass Frauen traditionell in der Sprache nicht vorkamen. Und nach der Theorie, dass die Sprache auch das Denken stark beeinflusst, ist es nachvollziehbar, dass sie nun auch in der Sprache mit aufgenommen werden wollen.

Für viele ist dies allerdings ungewohnt, die Sprache wird daher oft komplizierter und mancher, der guten Herzens gendern will, gerät dabei in grammatikalische Herausforderungen. Aber warum kann man es nicht den jeweiligen Autoren überlassen, ob sie gendern oder nicht? Ist es sinnvoll, dies wie in Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein für amtliche Verwaltungen, Schulen und Hochschulen zu verbieten?

Meinungsfreiheit in Gefahr

Die große Anzahl an Literatur, die sich in den letzten Jahren mit der Situation der Meinungsfreiheit in Deutschland beschäftigt, zeigt bereits, dass hier großer Handlungsbedarf besteht. Die Juraprofessorin Sophie Schönerberger brachte es 2023 in ihrem Essay *Zumutung Demokratie: Ein Essay* auf den Punkt: „Zwar dürfen wir rechtlich fast alles sagen und meinen, aber es fällt gesellschaftlich schwer, konträre Meinungen auszuhalten und zu akzeptieren. Aber genau diese Zumutung stellt die Demokratie an uns. Wir müssen uns mit Meinungen auseinandersetzen, dafür oder dagegen argumentieren und auch kämpfen, aber wir dürfen die Menschen, die sie vertreten, nicht verachten und beschimpfen, sondern wir müssen sie akzeptieren und ertragen. Im optimalen Fall müssten alle miteinander gesprächsbereit und dabei ergebnisoffen sein. Wir müssen auch denjenigen achten, dessen Meinung der unsrigen vollkommen entgegengesetzt ist,“ so Schönerberger. (Schönerberger 2023)

So viel zur Theorie. Nicht zuletzt durch die sozialen Medien hat sich die Kommunikationskultur in Richtung Konfrontation verschoben. Liefen politische Diskussionen in der Presse oder den öffentlich-rechtlichen und später auch den privaten Medien einigermaßen gesittet ab, da aufgrund der Staatsverträge oder der Rügen des Presserats eine entsprechende Gesprächskultur angezeigt war, kann sich heute jeder in sozialen Medien mehr oder weniger böse gegenüber anderen Meinungen äußern und die eigene Meinung als die einzig akzeptable darstellen. Die rechtlichen Grenzen, die beispielsweise durch den *Digital Services Act* der EU gezogen werden, lassen immer noch sehr viel Spielraum für argumentationslose Beschimpfungen, wenn sie überhaupt effektiv bekämpft werden.

Sich selbst erhöhen durch Beschimpfung anderer

Aber es geht nicht nur darum, Meinungen, die der eigenen entgegenstehen, argumentativ zu bekämpfen, sondern auch darum, die als moralisch richtig erkannte Position

zu vertreten, um damit sich selbst zu erhöhen. Wer sich über andere empört, stellt sich damit über die Person oder deren Meinung. Der Philosoph Philipp Hübl beschreibt das in seinem 2024 erschienenen Buch *Moral-spektakel – Wie die richtige Haltung zum Statussymbol wurde und warum das die Welt nicht besser macht* eindringlich: „Wir wollen gute Menschen sein, aber das allen anderen auch zeigen. Denn unser moralischer Charakter verschafft uns Anerkennung und Attraktivität. Doch durch den Einfluss der digitalen Medien wird Moral immer mehr zum Statussymbol und die öffentliche Diskussion zu einem Moralspektakel. Mit negativen Folgen, denn die inszenierte Moral führt zu Populismus, Symbolpolitik, verzerrter Forschung und wirkungslosen Maßnahmen gegen Diskriminierung. Statt uns in Schaukämpfen zu profilieren, zeigt uns Philipp Hübl, wie wir einer universellen Ethik folgen können, um reale Missstände zu beseitigen – einer Ethik, in der weder autoritäres Denken noch Opfergruppen im Mittelpunkt stehen, sondern der selbstbestimmte Mensch“ (Tractatus-Preis 2024).

Positionen werden aus dem Erlaubten herausdefiniert

In der Sendung Maischberger vom 5.11.2025 ging es ebenfalls um das Thema Meinungsfreiheit. Der Moderator des Magazins Monitor (WDR) fasste seine Position folgendermaßen zusammen: „Die Frage ist: Was heißt *sanktionsfrei sich äußern zu können*? Ich glaube, es geht nicht darum, dass die Meinungsfreiheit de facto eingeschränkt ist in diesem Land, sondern es geht darum, ob die Leute das Gefühl haben, dass sie, wenn sie ihre Meinung äußern, eine Art von Ächtung erfahren, eine Art von Kritik oder eine Art von Härte in der Kritik erfahren, die sie als eine Art von Gewalt oder wie auch immer wahrnehmen und sich deshalb nicht mehr äußern. Und ich erlebe das schon, ich bin ja sehr viel unterwegs, auch im Netz, dass es gerade die, die sich bemühen, in den Dialog zu gehen, dass es gerade die, die sich bemühen zu verbinden, am Ende am schwersten haben, weil sie sozusagen von beiden Seiten zunehmend verdroschen werden und wir haben das im Nahostkonflikt in der Debatte ja gerade erlebt: Leute, die Empathie hatten für die Angehörigen der Geiseln, wurden gleich als Kindermörder tituliert und die, die Empathie hatten für die Menschen im Gaza-Streifen als Antisemiten. Dann haben Leute gesagt: Ich will mich gar nicht mehr in irgendeiner Art und Weise auf eine der beiden Seiten schlagen“ (Restle 2025).

Und auf die Frage, ob man in Deutschland noch frei seine Meinung äußern oder ob man vorsichtig sein sollte, antwortete Restle: „Also nicht vorsichtig sein im Sinne, dass man staatliche Konsequenzen befürchten muss, sondern vorsichtig, dass die Leute das Gefühl haben, dass sich das Klima so verschärft hat,

dass sie in ihrem gesellschaftlichen Umfeld sanktioniert werden könnten.“ Restle wies aber auch auf den fundamentalen Unterschied zu Ländern wie Russland hin, „wo die Opposition inzwischen weitgehend im Gefängnis sitzt, und das geht rasant, wenn man da seine Meinung öffentlich sagt“ (Restle 2025).

Gerade in Bezug auf Meinungen und Kritik gegenüber Israel kann schnell der Vorwurf entstehen, antisemitisch zu sein. Aber auch für Israelis ist es schwer, bei Kritikern der Politik Netanjahus akzeptiert zu werden, selbst wenn sie zu den größten Kritikern der israelischen Politik gehören. Beispielsweise wurde die international bekannte israelisch-französische Soziologin Eva Illouz von der Universität Rotterdam für einen Vortrag eingeladen, weil sie auch eine Professur an der Universität in Tel Aviv innehat und man ihr damit eine Nähe zur israelischen Politik unterstellt. Dazu die FAZ: „Was also macht Illouz so unerträglich? Etwa der Umstand, dass sie in ihrem linksakademischen Umfeld den Mangel an Mitgefühl und Trauer für die israelischen Opfer des 7. Oktobers beklagte – und zugleich die israelische Regierung scharf kritisierte sowie deren Kriegsverbrechen in Gaza verurteilte? In den letzten Monaten hat Illouz noch etwas anderes getan: Sie hat in zahlreichen instruktiven Texten unermüdlich darauf hingewiesen, wie schmal der Grat zwischen Antizionismus und Antisemitismus sein kann“ (Martini 2025).

Ebenso ging es dem israelischen Dirigenten Lahav Shan in Belgien. Shan dazu: „Das Festival-Management handelte unter dem Vorwand, dass ›Musik eine Quelle der Verbindung und Versöhnung sein sollte‹, wie in den Medien zitiert wurde. Aber damit nahmen sie dieser Aussage jegliche Bedeutung, indem sie dem politischen Druck nachgaben und von mir verlangten, eine politische Erklärung abzugeben, obwohl ich mich seit langem und öffentlich für Frieden und Versöhnung einsetze.“ (Shan 2025)

In Marl gab es einen ähnlichen Vorfall: Die Schülerin Judith Scheytts hatte für ihren medienkritischen Instagram-Kanal den *Donnep-Media-Award* erhalten, der von den *Freunden des Grimme Preises* vergeben wird. „Eine sechsköpfige Jury, die durch den Verein ›Freunde des Adolf-Grimme-Preises‹ einberufen wurde, hatte Anfang des Jahres entschieden, ihr die Auszeichnung zu verleihen. Drei dieser Jury-Mitglieder sind auch Vorstände des Vereins. Während die Jury den Preis ursprünglich gemeinsam vergeben hatte, erfolgt die Aberkennung jetzt ausschließlich durch den Vorstand des Vereins. ... Nach der Auszeichnung gab es Beschwerden und Antisemitismus-Vorwürfe gegen Scheytt. Die Kölnische Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit hat sich laut dem Vorstand beim Verein über die Vergabe des Preises an Scheytt beschwert. Die Vorstände des Adolf-Grimme-Preises sind dem nachgegangen und geben nun an, dass die Videos auf dem

Instagram-Kanal der 18-Jährigen wesentliche historisch-politische Hintergründe und viele Sicherheitsaspekte ausblenden. Dadurch seien die Inhalte rein aktivistisch – und das widerspreche den Satzungsanforderungen des Awards“ (SWR 2025).

Grenzen zwischen Antisemitismus und Israelkritik

In ihrem Kanal wirft sie den Israelis Völkermord vor und fordert vehement von der deutschen Regierung, sich dafür einzusetzen, dass die Israelis Nahrungstransporte in den Gazastreifen bringen, damit dort nicht weiter Menschen verhungern. Dabei geht es um Vorwürfe und Forderungen, wie sie zum Beispiel auch vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag erhoben werden. Dabei geht es konkret gegen die israelische Politik, aber das allein ist wohl kaum antisemitisch. Viele Israelis erheben ähnliche Vorwürfe gegen die Regierung Netanjahu. Dennoch wurde ihr der Preis wieder aberkannt: „Ein jüdisch-christlicher Verein aus Köln wirft Judith Scheytt Antisemitismus und Einseitigkeit vor. Der Verein ›Freunde des Adolf-Grimme-Preises‹, der den Preis verleiht, entschied deswegen im Nachhinein, die Ehrung zurückzufordern – gegen den Willen mehrerer Jurymitglieder. Sie haben sich von der Entscheidung inzwischen distanziert“ (Schneider 2025). Die Frage ist nun: Hat sich die Jury die Instagram-Kanäle nicht richtig angeschaut oder hatte sie Angst vor dem Vorwurf, einen antisemitischen Kanal prämiert zu haben? Eines hat die Aktion auf jeden Fall erreicht: Sowohl der Donnepp-Preis als auch die Aktivistin sind jetzt bekannter als vorher.

Die frühere Preisträgerin, Annika Schneider, hat ihren Preis aus Protest zurückgegeben. Sie schreibt dazu: „Dazu passt, dass die Rücknahme des Preises versteckt erfolgte. Der Verein veröffentlichte kein Statement dazu. Er informierte die anderen Preisträger nicht darüber. Und er setzte sich einfach über mehrere Jurymitglieder hinweg, gab ihnen nicht einmal Bescheid, dass der Preis zurückgefordert worden war“ (Schneider, a.a.O.). Der Vorwurf des Antisemitismus ist sicherlich ernst zu nehmen, aber dann müsste er in diesem Fall jedenfalls ausführlich und nachvollziehbar begründet sein, und das ist offenbar nicht geschehen.

Die Angst, Meinungsfreiheit zu verlieren

Die Angst, seine Meinung frei äußern zu dürfen, unterliegt einem ständigen Wandel. Während der Nazizeit konnte die geringste Kritik am System zur Strafe bis hin zum Tod führen. Aber auch in der Anfangsphase der Bundesrepublik Deutschland, als das Grundgesetz eigentlich schon die Meinungsfreiheit garantierte, war diese faktisch doch noch sehr eingeschränkt: „Also in den 50er Jah-

ren gab es nicht die großen Debatten. Die Meinungsfreiheit war in den 50er Jahren deutlich stärker eingeschränkt in der Bundesrepublik als dann später in den 60er, 70er Jahren. Und das kann man sehr schön ablesen daran: Das *Institut für Demoskopie Allensbach* fragt immer die Menschen, ob sie das Gefühl haben, dass man in Deutschland frei seine Meinung sagen könnte oder ob man besser vorsichtig sein soll. Und die Werte waren so in der Nachkriegszeit gar nicht so dolle. Und dann sind sie immer besser geworden. Und erreichen ihren Höhepunkt in den 80er, 90er Jahren. Und dann gaben 80 bis 90 Prozent der deutschen Bevölkerung an, dass man in Deutschland seine Meinung durchaus frei sagen könnte. Und diese Kurve ist dann ziemlich stark abgerutscht. Erst ein bisschen in den Nullerjahren hat sie sich gesenkt. In den Zehnerjahren ist sie dann richtig runtergegangen und ganz steil abgestürzt in der Corona-Zeit. Und sie fällt immer noch weiter. Und mittlerweile glaubt mehr als die Hälfte der Bevölkerung oder gibt es bei der Meinungsumfrage an, dass man in Deutschland nicht frei seine Meinung sagen kann, sondern dass man vorsichtig überlegen soll, was man sagt“ (Precht 2025).

Selbstzensur auch im privaten Kreis

Steffen Grünewald ist Mitbegründer des renommierten Meinungsforschungsinstituts *Rheingold* in Köln. Anders als die an Zahlen orientierten Statistiker führt er Tiefeninterviews, in denen er regelmäßig den Gemütszustand der Deutschen sichtbar macht. In der Sendung *Markus Lanz* vom 6.11.2025 bestätigt er die Diagnose, dass die Deutschen zunehmend Angst haben, ihre Meinung frei zu äußern. Das Problematische daran ist vor allem, dass es sich nicht nur um öffentliche Äußerungen handelt, sondern dass die Menschen zunehmend auch im privaten Kreis vorsichtig sind.

„Man darf es zwar auf dem Papier, aber emotional ist die Meinungsfreiheit dann doch unter Druck. Also es gibt zwei Tendenzen, einerseits mit Blick auf die Medien. Ich stellte bei vielen das Gefühl fest, dass gerade die öffentlich-rechtlichen Medien in einer gewissen Blase unterwegs sind. Wir haben im Sommer einige Verbundenheitsspiele gemacht, in denen wir die Medien-Glaubwürdigkeit und das Vertrauen abgefragt haben. Da haben nur 48 Prozent gesagt, sie vertrauen noch den öffentlich-rechtlichen Medien. Was mir als Psychologe noch fast eine größere Sorge macht: Nur noch 48 Prozent sagen, sie vertrauen diesem System, sie vertrauen den öffentlich-rechtlichen Medien. Das Vertrauen erodiert, weil die Leute natürlich dann in die alternativen Medien, in die sozialen Kanäle gehen, wo sie ständig bedient werden, der Algorithmus konfektioniert die Notwendigkeit nach dem eigenen Bedürfnis. Man wird nicht mehr mit Inhalten konfrontiert, die einen stören. Die Menschen gucken

auch mehr Netflix, da gibt es Serien, da kennt man nach drei Folgen das dramaturgische Muster, man kennt die Protagonisten. Man ist in einer Welt, in der es keine Dokumentationen, keine Lanz-Sendungen gibt, keine Nachrichten, nicht mal die Werbung. ... Die größte Gefahr ist, dass wir im Ideal in eine Tagtraum-Wirklichkeit geraten, in der wir uns nur noch um uns selbst drehen und die Bedrohung der Außenwelt ausklammern. Zur Meinungsfreiheit gehört aber auch, und das alarmiert mich als Psychologe am meisten: Menschen beschreiben in den Interviews, dass sie anfangen, all diejenigen in ihrem Bekanntenkreis, die eine andere Meinung haben, die für sie dadurch anstrengend sind, auszusortieren. Dadurch entsteht eine immer größere Wagenburgmentalität, eine soziale Hermetik. Da kann man durchaus schon von sozialen Brandmauern sprechen, die errichtet werden. ... Wir sind nicht mehr miteinander im Gespräch, wir haben eine Krise der Verbundenheit. In dieser Verbundenheitsstudie sagen uns 89 Prozent, sie haben das Gefühl, die Radikalität, die Aggressivität im Miteinander steigert sich. Wir sind auch mittlerweile eine entzweite Gesellschaft. Nur noch 9 Prozent haben die Hoffnung, dass das in Zukunft anders wird. Es gibt eine große Sehnsucht nach Verbundenheit, aber das Problem ist, dass man sich im kleinen Kreis diametral anders verhält, weil man komplett diejenigen aussortiert, die eine andere Meinung haben. Und dadurch sind wir in einer erodierenden Streitkultur: Die sozialen Bezüge, die Blasen, die Silos werden immer hermetischer. Wir haben noch Solidarität, aber wir haben die Solidarität nur noch in den Silos.“ Das Problem ist laut Grünewald vor allem, dass man Dinge zwar sagen darf, aber von anderen für bestimmte Positionen verachtet wird: „Ich glaube, wir haben eine Art Kränkungs spirale, das kriegen wir in den Tiefeninterviews bei Rheingold immer mit. Die Leute erzählen uns, wie schlimm es ist, wenn man für eine Position ausgegrenzt wird. Dass man sich schämt, wenn man nicht stolperfrei gendert. Dass man das Gefühl hat, an Wertschätzung zu verlieren, weil man noch Diesel fährt oder noch Fleisch isst. Oder noch raucht. Vieles, was das bodenständige Leben anbelangt, wurde in der Vergangenheit diskreditiert. Es gibt von Mephisto im Faust den Spruch: Ich bin ein Teil von jeder Kraft, die stets das Böse will, und stets das Gute schafft. Das ist umgekehrt genauso: Viele wollten mit Druck und Elan das Gute, aber sie haben Kränkungen produziert. Jetzt sind wir in einer Kränkungs spirale, und die gekränkten Leute schlagen mit Wucht zurück. ... Zu dem Verstummen kommt natürlich auch die Angst: Verliere ich meine Freunde? Verliere ich meine Vorteile?“ (Grünewald 2025)

Grenzen des Diskurses

In den demokratischen Staaten der westlichen Welt stehen immer mehr extreme Grup-

pierungen traditionellen demokratischen Parteien gegenüber. Die AfD in Deutschland wirft den demokratischen Parteien politisches Versagen vor, diese wiederum ziehen zur AfD eine Brandmauer und verweigern den Diskurs beziehungsweise die Zusammenarbeit. Die Folgen gehen bis hin ins Private. So wurde zum Beispiel dem früheren FDP Vorsitzenden von Sachsen-Anhalt, Thomas Kemmerich, neulich der Zutritt zu einem Restaurant verweigert, weil er sich 2019 mit Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten hat wählen lassen. „Ich bin reingekommen mit meinem Sohn und wir wollten zum Mittagessen. Und da sagte der junge Herr, der da Dienst hatte, hat selber später gesagt, er wäre der Serviceleiter: „Wir bedienen Sie hier nicht. Und da habe ich gesagt, warum? Weil Sie Thomas Kemmerich sind. Also mal ehrlich, wie hättet ihr reagiert? Also ich war völlig perplex, bin am Ende rausgegangen, in ein anderes Lokal gegangen. Aber was mich wirklich erschüttert, ist, dass man, das habt ihr auch, fühlt, dass man nicht mehr zu jeder Zeit an jedem Ort das sagen kann, was man denkt und fühlt. ... Ich sag mal, wenn wir dieser Entwicklung nicht entgegen treten, sind wir auf so einem sehr schlimmen Pfad. Der Satz: „Sie werden hier nicht bedient“, erinnert mich an wirklich dunkle Zeiten dieses Landes, dieser Gesellschaft.“ Dazu gab es viel Zustimmung, aber auch folgende rechtfertigende Kommentare: „Ein User schrieb; Meinungsfreiheit gilt genauso wie Geschäftsfreiheit. Nur weil Sie ihre Meinung frei und frei von Strafe äußern dürfen, heißt dies nicht, dass andere diese teilen, verstehen oder unterstützen müssen. Auch muss man Sie nicht bedienen, man kann Ihnen Einlass in private Bereiche verweigern. Damit müssen sie leben. Andere schrieben: Man nennt das Hausrecht, das im Zweifelsfall für jeden gilt. Natürlich dürfen sie weiterhin ihre Meinung äußern, nur eben nicht in diesem Lokal“ (Lackmeier 2025). Aber wo bleibt da der Diskurs? Muss man die ganze Person ablehnen, wenn man nicht deren Meinung teilt?

Je nach der eigenen Position hat man wahrscheinlich mehr Sympathie für die eine oder die andere Seite. Das zeigt allerdings, die grundsätzliche Bereitschaft, mit dem Andersdenkenden zu kommunizieren und diesen als gemeinschaftsfähig anzuerkennen, geht immer mehr verloren. Jede Seite fühlt sich im Recht und spricht genau das der anderen Seite ab. Und diese Situation führt dazu, dass man sich mit seiner Meinung zurückhält, weil man Angst vor einer Abwertung hat.

Erstarrte Diskussionskultur auch in Universitäten

Auch an den Universitäten, eigentlich ein perfekter Ort für eine freie Streitkultur, scheint man inzwischen Angst zu haben, konträre Meinungen zu artikulieren. Das berichtet Melanie Amann bei Lanz: „Ich war unge-

fähr sechs Wochen da, für ein Fellowship an einem Institut dort in Harvard, dem *Center for European Studies*. ... Und es gab viele politische Veranstaltungen, vor allem an der Harvard Kennedy School, die regelmäßig auch Politiker einlädt und zu politischen Themen Diskussionspodien abhalten. Und die eine Sache, die mir immer wieder aufgefallen ist: dass es eigentlich keinen richtigen Austausch von Meinungen gab in dem Sinne, dass man gestritten hat: Wer hat denn jetzt recht? Sondern jeder hat seine Position so dargelegt und dann wurde das Thema gewechselt. Ein konkretes Beispiel: Bei der einen Veranstaltung war so ein republikanischer Strategie, Scott Jennings, er hat auch selbst politische Ambitionen. Und der schwärmte von der Trump-Regierung, die eben die einzige Regierung sei, die für die Meinungsfreiheit unbedingt eintritt, und dass die einzige Regierung oder die einzige Partei die Republikaner seien, die entschieden die westliche Zivilisation verteidigen. Und ich glaube, wenn das jemand in Deutschland gesagt hätte, hätte es zumindest ein Raunen im Saal gegeben oder vielleicht auch ein Kichern, oder ein Moderator hätte das dann aufgegriffen und gesagt, dass es da auch viele Gegenbeispiele gebe: Da wurden Visa entzogen, da gab es alle möglichen Rechtsverstöße, und dazu hat keiner etwas gesagt. Es war auch totenstill im Saal.“ (Amann 2025, a. a. O.)

Amann nennt ein weiteres Beispiel: „Ein republikanischer Student sagte: Die Demokraten wollen alle Männer zu Frauen umziehen, vom Habitus und vom Verhalten her. Und dann sagte der Moderator zu einer anderen Frau in der Runde: „Sie haben ja interessante Umfragedaten zu dem Phänomen.“ Und die Behauptung wurde kommentarlos so stehen gelassen.“

Und über einen weiteren Fall hat Amann berichtet, den sie allerdings nicht selbst erlebt hat: „Ein junger Republikaner hat in einem Referat vorgeschlagen, man soll doch die Spannungen zwischen Schwarzen und Weißen in den USA und die Gewalt eindämmen, indem man den Schwarzen Regionen zur Verfügung stellt, in denen sie unter sich leben können. So eine Art Reservat oder so letztlich das Apartheid-Konzept, Rassentrennung. Und da könnten die sich dann die Köpfe einschlagen und Drogen nehmen, und wir hätten unsere Ruhe vor denen. ... Und die Professorin – eine Schwarze – hat das dann abmoderiert und den nächsten Redner drangenommen für das nächste Referat.“ (Amann 2025)

Meinungsfreiheit und Meinungstoleranz

Richard David Precht hat sein neues Buch *Angststillstand* (Precht 2025 a) diesem Thema gewidmet und zitiert gleich auf Seite 1 die aktuelle Allensbach-Studie, nach der 44 Prozent der Befragten angeben, vorsichtig

zu sein, ihre Meinung zu äußern, während nur 40 Prozent überzeugt sind, man könne ohne Probleme alles sagen. Bei Maischberger wird er nach den Ursachen für diese Veränderung in unserer Gesellschaft gefragt: „Das ganz große Thema ist: Warum sind die sozialen Kosten der Meinungsäußerung so sehr gestiegen? Und ich sehe das in einer gewissen Explosion an Normen, das heißt also auch Äußerungen, die keine Straftatbestände darstellen. ... Aber es gibt ja auch Menschen, die sich äußern und mit sehr stark vom gegenwärtigen Mainstream abweichenden Meinungen Angst vor den sozialen Kosten haben müssen. Was sind solche soziale Kosten? Den Job zu verlieren oder als Person der Öffentlichkeit gesellschaftliche Ächtung zu erfahren, man wird vielleicht nicht mehr eingeladen, wenn man bestimmte Positionen bekleidet. Man kann am Arbeitsplatz irgendwo anecken, je nachdem, wo dieser ist. Es gibt sehr, sehr empfindliche Arbeitsplätze, vor allem im Kulturbetrieb, wo falsche Äußerungen sehr stark sanktioniert werden. Und der Grund für das Ganze ist meines Erachtens die Schattenseite einer eigentlich positiven Entwicklung, und das macht die Sache so schwierig. Diese positive Entwicklung besteht darin, dass wir vor allen Dingen seit Mitte der 60er Jahre eine immer freiheitlichere Gesellschaft geworden sind, die sukzessive die Rechte immer mehr Menschen erkämpft hat und bei der die Beteiligung und die Achtung immer weiter ausgedehnt wurden, was sehr, sehr positiv ist. Eine wunderbare Entwicklung, und parallel dazu eine höhere Sensibilisierung und Emotionalisierung: Du darfst deine Gefühle zulassen, du darfst über deine Gefühle reden. Das konnte meinem Großvater keiner erzählen, der ging zum Fühlen in den Keller.“ (Precht 2025)

Also man soll, so Precht, vorsichtiger als noch vor 10 oder vor 20 Jahren sein, spontane Urteile oder Meinungen zu äußern. Das Gleiche trifft auf sehr reflektierte Meinungen zu, wenn diese im Augenblick einer gesellschaftlichen Affektsituation geäußert werden, etwa während der Coronapandemie, nach dem Angriff Putins auf die Ukraine im Februar 2022 oder vor zwei Jahren nach dem Massaker der Hamas auf Israel. In solchen Situationen müsse man sehr vorsichtig in der Öffentlichkeit sein, um nicht ins gesellschaftliche Abseits zu geraten.

Precht unterscheidet zwischen Meinungsfreiheit, die gesetzlich garantiert ist, und der Meinungstoleranz, die geringer geworden sei. Die Moralisierung in der Gesellschaft habe enorm zugenommen. Wir hätten „eigentlich einen fast infantilen Umgang mit Moral in unserer Gesellschaft“. Und das sei eine ganz unheilvolle Entwicklung, weil so eine liberale Demokratie dauerhaft nicht funktionieren kann, so Precht. (Precht 2025-b)

Fazit

Es ist schwer, Meinungen auszuhalten, die der eigenen Meinung diametral entgegenstehen,

besonders dann, wenn man den Eindruck hat, dass diese Meinungen nicht auf einer rationalen Beschäftigung mit einem bestimmten Thema beruhen, sondern ausschließlich auf der Behauptung, dass die herrschende Meinung oder das herrschende System unfähig für Lösungen ist oder die Bürger betrügt und belügt. Aber wir müssen lernen, das auszuhalten und andere Meinungen nicht einfach in die linke oder rechte Ecke zu stellen und damit den Diskurs zu beenden. Hier haben wir die richtige Strategie noch nicht gefunden. Will man die Demokratie behalten und schützen, ist das Werben dafür, andere Meinungen auszuhalten, ohne den Menschen herabzuwürdigen, eine dringende pädagogische Aufgabe.

Literatur

Grünewald, Stephan, bei Maischberger, 14.10.2025, abrufbar unter: <https://www.ardmediathek.de/video/maischberger/richard-david-precht-ueber-die-meinungsfreiheit-in-deutschland/wdr/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RlLmRlL21bnNjaGVuIGJlaSBtYWlyZ2hiZXJnZXIvYTZlZmU5MGQtZWmwZi00MGYxLWlyOGQtOTNkOWRmNjk0ZDRj>

Jürgens, Johanna: Umstrittener Gender-Vortrag an der Humboldt-Uni ist doch Grundkurs in Biologie, oder?, in: SPIEGEL Panorama, 05.07.2022, abrufbar unter: https://www.spiegel.de/panorama/marie-luise-vollbrecht-gender-vortrag-an-der-humboldt-universitaet-nachgeholt-a-63f34714-f86b-4cfe-8115-a7d4f71582b6?sara_ref=re-so-app-sh

Lanz, Markus, im Gespräch mit Precht, Richard David: Kimmel, Ruhs und die Meinungsfreiheit, Podcast vom 16. September 2025, abrufbar unter:

Martini, Tania: Eva Illouz eingeladen: Rechtshaffener Antisemitismus, in: FAZ, 30.10.2025, abrufbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/eva-illouz-wird-in-rotterdam-ausgeladen-110756613.html>

Petersen, Thomas: Neue Umfrage: Nur 46 Prozent der Deutschen glauben, ihre Meinung frei äußern zu können, in: Welt, 16.10.2025, abrufbar unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article68f11916cdf2d9fc0bea1883/umfrage-nur-46-prozent-der-deutschen-glauben-ihre-meinung-frei-aeussern-zu-koennen.html>

Restle, Georg, In: Maischberger, vom 06.11.2025, a. a. O.

Schönberger, Sophie: Zumutung Demokratie, München 2023

Shan, Lahav, in: Tagesschau 24 live, 17.09.2025, abrufbar unter: <https://www.tagesschau.de/kultur/absage-shavi-antisemitismus-debatte-100.html>

Tractatus-Preis (Auszug) 2024 für das Buch: Hübl, Philipp:

Moralspektakel – Wie die richtige Haltung zum Statussymbol wurde und warum das die Welt nicht besser macht, München 2024

Traunmüller, Richard, im Gespräch mit Ohlendorf, Katrin: Demokratie und Debattenkultur –

Von der Angst, seine Meinung zu sagen, Deutschlandfunk Nova, 07.02.2025, abrufbar unter: <https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/debattenkultur-von-der-angst-seine-meinung-zu-sagen>